

# Interview:

## "Korruption und Vetternwirtschaft kennzeichnen diese Regierung"

In dem folgenden Interview fährt die Oppositionsführerin Sheikh Hasina Wajed von der 'Awami League' (AL) schweres Geschütz gegen ihre Gegenspielerin und Premierministerin Khaleda Zia auf. Die Tochter des Staatsgründers Mujib ur Rahman, die mit ihrer Partei seit März 1994 alle Parlamentsitzungen boykottiert, wirft der Regierungschefin unter anderem Nepotismus und Korruption vor und fordert vehement Neuwahlen unter einer neutralen Übergangsregierung. Das Gespräch mit 'Südasiens'-Redakteur Walter Keller fand Anfang Juni in Dhaka statt. Auszüge:



Die Vorsitzende der 'Awami League' und Oppositionsführerin im Parlament, Sheikh Hasina Wajed. Im Hintergrund ein Bild ihres Vaters, des Staatsgründers Mujib ur Rahman. (Foto: Walter Keller)

**Ihre Partei, die 'Awami League', boykottiert das Parlament gemeinsam mit einigen anderen Oppositionsparteien bereits seit längerer Zeit. Was hat dieser Boykott bisher bewirkt?**

Als Volksrepräsentanten wollten wir natürlich die Forderungen der Wähler umsetzen. Die vielen Probleme, mit denen unsere BürgerInnen konfrontiert sind, sollten durch die parlamentarische Arbeit gelöst werden. Wir mußten allerdings feststellen, daß dies für uns unmöglich war, weil die regierende Partei alle Entscheidungen alleine traf, die Opposition wurde nicht konsultiert.

**Können Sie Ihre Anschuldigungen konkretisieren?**

Wir besaßen ja seit der Machtübernahme von Zia-ul Rahman, der 1975 durch einen Putsch an die Macht kam, ein präsidiales Regierungssystem, in dem das Parlament keinen großen Einfluß hatte. Unsere Partei hat sich dann nach den freien Wahlen im Februar 1991 für eine Änderung des Systems und die Stärkung der neu ge-

wählten Premierministerin Khaleda Zia von der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) eingesetzt. Mit unserer Unterstützung wurde sie zu einer mit großer Macht ausgestatteten Regierungschefin. Wir haben uns natürlich gedacht, daß wir die Probleme der Bevölkerung so gemeinsam lösen könnten. Aber dies war ein Irrtum - die meisten Entscheidungen, die seither getroffen wurden, gingen am Parlament vorbei, egal, um was es sich handelte. Wir haben das kritisiert, aber ohne Erfolg.

Hinzu kommt, daß parlamentarische Untersuchungsausschüsse, die wir beantragten, um Korruptionsvorwürfe gegen Minister der Regierung untersuchen zu lassen, abgeschmettert wurden. Dies betrifft z.B. Vorwürfe, die gegen den Landwirtschaftsminister gerichtet sind. Aber die Regierung hat dem Ausschuß die Arbeit untersagt. Dann haben wir vorgeschlagen, die Gewalt untersuchen zu lassen, die an fast allen Universitäten des Landes an der Tagesordnung ist. Es gibt kaum eine Uni, wo es nicht fortlaufend

zu schlimmen Gewalttätigkeiten kommt. Die für die Terroranschläge verantwortlichen Studenten gehören fast immer der regierenden Partei an, die sie auch mit Waffen versorgt. Und wegen der politischen Patronage schreiten die Sicherheitskräfte nicht ein. Täglich sterben Studenten auf dem Campus. Ein Untersuchungsausschuß wurde von der Regierung verhindert. Dann hatten wir (nach 1991) eine ganze Reihe von Nachwahlen, bei denen es zu Unregelmäßigkeiten und Wahlfälschungen kam. Als wir dies im Parlament ansprechen wollten, erlaubte man uns dies nicht. Als Oppositionsführerin hatte ich kaum Gelegenheit, diese Vorfälle einzubringen. Man hat mir zum Beispiel das Mikrofon abgestellt und nur, wenn der Parlamentspräsident von der Regierungschefin oder einem anderen Mitglied der Regierungspartei ein Zeichen erhielt, wurde mir das Wort erteilt. Mit anderen Oppositionspolitikern ist ähnlich umgegangen worden. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie die Regierung arbeitet. Unsere weitere Anwesenheit im Parlament haben wir für sinnlos erachtet. Was sollen wir da herumsitzen und zuschauen, wie die Regierung sowieso macht, was sie will. Es ist wie in einem Ein-Partei-System.

**Und jetzt setzen Sie sich für Neuwahlen ein. Wie ist der Stand der Dinge?**

Als wir uns für den Boykott entschieden hatten, brachten wir die Forderungen nach Neuwahlen unter einer Übergangsregierung ein. Danach kam es zu Gewalt gegen Unterstützer unserer Partei durch Angehörige der BNP. Später fanden dann die Nachwahlen in Magura statt. Magura ist ein Wahlkreis, der seit 1954 von der 'Awami League' gehalten wird, und zwar mit einer großen Mehrheit. Noch bei den Wahlen von 1991 erhielt unser Kandidat dort 30.000 Stimmen mehr als der Kandidat der BNP. Bei den Nachwahlen gewann dann plötzlich der BNP Kandidat mit einer Marge von 60.000 Stimmen. Wie diese Mehrheit zustande gekommen sein soll, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Während dieser Nachwahlen entließ die Regierung sogar inhaftierte Verbrecher, Mörder, 'Dacoits' und andere Straftäter, die sich an den Wahlfälschungen beteiligten. Sie haben die Wahlurnen verschleppt und diese mit Stimmzetteln vollgestopft. Die Regierung hat Mitglieder einiger Parteien für ihre Ziele eingespannt, die offiziell verboten sind und nur im Untergrund operieren. Diese Leute sind bewaffnet und haben sich im Auftrag der Regierung gegen die Unterstützer der Opposition gewandt. Für solche Wähler gibt es natürlich dann keine Sicherheit mehr. Wegen all dieser Vorfälle haben wir Neuwahlen unter einer Übergangsregierung gefordert - so, wie bei den Wahlen von 1991, als es faire Wahlen gab. Damals, als es gegen Ershad ging, war die BNP diesbezüglich noch mit uns einer Meinung. Jetzt, wo die BNP an der Macht ist, widersetzt sie sich unserer Forderung.

**Sie werfen der Regierung weitere Unregelmäßigkeiten vor?**

Schauen sie sich doch einmal an, was derzeit bei der Erstellung eines neuen Wahlregisters passiert. Die Regierung nimmt vorwiegend Unterstützer der BNP darin auf, viele Wahlberechtigte kommen nicht auf die Liste, vor allem nicht Angehörige der religiösen Minderheitengruppen wie Christen, Hindus oder ethnische Minderheiten wie Chakmas oder Garos, die vorwiegend unsere Partei, die für Säkularismus eintritt und den Befreiungskrieg angeführt hat, unterstützen.

**Sie werfen der Regierung auch Korruption und Vetternwirtschaft vor.**

Innerhalb von nur vier Jahren sind die Premierministerin, ihr Sohn, ihr Bruder, ihre Schwester und andere Verwandte sowie eine ganze Reihe von Ministern wie Rahman, Haq oder Islam zu Millionären geworden. Sie sind zu Besitzern von Ländereien, großen Unternehmen oder Schiffen geworden. Alles Gelder aus der Staatskasse. Sie sind nur an ihrem eigenen Wohlergehen interessiert. So können keine wirtschaftlichen Fortschritte für die breite Masse der Bevölkerung erreicht werden. Tatsächlich hat die Armut während der vergangenen zwanzig Jahre zugenommen. 1975 lebten 45 Prozent

am oder unter dem Existenzminimum, heute sind es 86 Prozent. Ähnlich schlecht steht es um die Alphabetisierungsrate. Als meine Partei, die 'Awami League', Anfang der 70-er Jahre an der Macht war, lag sie bei 26 Prozent. Sie ist bis heute gerade einmal auf 30 Prozent angestiegen.

Vor einigen Tagen hat die Premierministerin verfügt, Gelder in die einzelnen Wahlbezirke zu transferieren. Tatsächlich geht das Geld jedoch nur an die BNP-Unterstützer. Unsere Leute gehen leer aus. Auch dies ist Staatsgeld, was eigentlich allen zugute kommen sollte. Es gibt einen anderen aktuellen Skandal um Düngemittel. Wir produzieren mehr als wir im Land benötigen. Als die Regierung verfügte, daß nur BNP Unterstützer eine Verkaufs- und Vertriebslizenz erhalten könnten, kam es zu großen Engpässen. Die Geschäftsleute horteten die Bestände oder verkauften die Düngemittel über den Schwarzmarkt an Indien (dort liegt der Preis für Düngemittel wesentlich höher als in Bangladesh, W.K.). Plötzlich war für unsere eigenen Bauern nicht mehr genügend Dünger verfügbar oder zu einem Preis, den sie sich nicht leisten konnten. Als in einigen Gebieten Bauern gegen diese Zustände protestierten, wurden 18 von ihnen durch Sicherheitskräfte erschossen. Muß bei einem solchen Vorgang nicht eine Regierung zurücktreten? Es passierte nichts - als ob ein Menschenleben diesen Leuten nichts bedeuten würde! Dies sind die Zustände in unserem Land. Was können wir da noch tun? (zum Düngemittelskandal siehe auch Beitrag in dieser Ausgabe, d.Verf.).

**Anschuldigungen, bei Wahlen werde betrogen, sind ja nicht neu.**

Nach langem Kampf hat 1991 die Demokratiebewegung gesiegt. Davor hat es lange Zeit andere Zustände gegeben. 1975 wurde Sheikh Mujib-ur Rahman, der demokratisch gewählte Vater der Nation, von einer Militärdiktatur entmachtet und ermordet. Das Land wurde unter Kriegsrecht gestellt und General Zia-ur Rahman, der Mann der jetzigen Premierministerin, übernahm die Macht und war auch Gründer der BNP. Er war es, der mit Wahlfälschungen begann weil ihm daran gelegen war, die Verfassung zu ändern um so seine illegale Macht abzusichern. Und dafür benötigte er eine zwei Drittel Mehrheit.

**Bis Februar 1996 müssen die nächsten Parlamentswahlen abgehalten werden. Bestehen Sie weiterhin darauf, daß die Regierung mindestens 90 Tage vor einem noch festzulegenden Wahltermin zurücktritt und Platz macht für eine Übergangsregierung, unter der dann die Wahlen stattfinden sollen?**

Ja, dies ist nach wie vor unsere Forderung. Ansonsten werden wir an den Wahlen nicht teilnehmen können, weil unsere Unterstützer ja dann ihres Lebens nicht mehr sicher wären.

Außerdem kontrolliert die Regierung weite Teile der Medien, vor allem die elektronischen Medien wie das Fernsehen. Da existiert die Opposition überhaupt nicht, sie werden mich oder andere Mitglieder meiner Partei nicht auf dem Bildschirm sehen. Dort ist nur die Regierung und ihre Premierministerin vertreten.

**Sollten Sie an den Wahlen teilnehmen, werden Sie, um eine Mehrheit zustande zu bringen, auch Allianzen mit islamistischen Parteien wie der 'Jamaat-i-Islami' eingehen?**

Nein. Wenn es freie und faire Wahlen gibt, werden wir einen Wahlsieg auch alleine schaffen. Es ist ja die jetzige Regierungspartei, die mit der 'Jamaat' zusammenarbeitet.

**Wie beurteilen Sie die zahlreichen Vorfälle, bei denen gerade auf dem Land Frauen von Islamisten in die Schranken verwiesen, sogenannte fatwas gegen Aktivistinnen von Nichtregierungsorganisationen etc. ausgerufen und andere Frauen für angeblich unislamisches Verhalten in der Öffentlichkeit ausgepeitscht und gedemütigt werden?**

Ja, dies passiert leider. Wir verurteilen solche Vorfälle natürlich energisch (siehe dazu auch den Beitrag von Ahmed Fazl in dieser Ausgabe, d.Red.).